Wolfgang Thierse

**Dankesrede zur Verleihung des Freundeskreiszeichens**

**der Evangelischen Akademie Tutzing, 6. Juli 2022**

Liebe Frau Grande, lieber Herr Hahn, sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst will ich mich herzlich für die überaus freundliche Laudatio bedanken – man muss auch Lob vertragen können. Und natürlich bedanke ich mich sehr herzlich für die Verleihung dieses Freundeszeichens!

Ich bin immer gern nach Tutzing gekommen und war jedes Mal fast erschrocken über die Schönheit des Ortes. In den sechs Jahren meiner Tätigkeit für den Politischen Club habe ich selbst viel gelernt, vermutlich mehr als alle anderen Teilnehmer der Veranstaltungen. Schließlich muss man sich vorbereiten, in ein Thema einarbeiten, alle Aspekte der Thematik versuchen zu überblicken, um die richtigen Referenten zu gewinnen und die Diskussionen zu moderieren. Auch dafür bin ich dankbar.

Ich bin der Grundüberzeugung, dass Demokratie immer neu der politischen Bildung, der Debatte, des Dialogs bedarf, sonst welkt sie dahin. Von Oskar Negt stammt die treffende Bemerkung: „Demokratie ist eine Herrschaftsform, die in immer neuen Anstrengungen immer wieder gelernt werden muss.“ Das macht die Arbeit von Akademien wie der Tutzinger und ihres Politischen Clubs so wichtig!

Nach dem Dank möchte ich nun keine Abschiedsvorlesung im Sinne eines grundsätzlich-systematischen Referats halten, nein, ich möchte mit Ihnen nur eine Beobachtung teilen, die mich beschäftigt, ja beunruhigt und die ich deshalb in durchaus polemisch zugespitzter Form vortragen will.

Krisen, so sagt man, machen Entwicklungen, Probleme und Konflikte sichtbarer und verschärfen sie. Seit über zwei Jahren befinden wir uns nun in der Pandemie-Krise (was im Herbst sein wird, weiß keiner).

Seit dem 24. Februar erleben wir eine Zeitenwende, so jedenfalls hat Bundeskanzler Scholz sie genannt. Es ist ein tiefer historischer Einschnitt, eine tiefe Erschütterung, eine höchst folgenreiche Wendung der Geschichte. Zum ersten Mal seit 1939 überfällt ein europäisches Land seinen Nachbarn und überzieht ihn mit einem brutalen Krieg. Welch Unterschied zu der positiven Wendung der Geschichte 1989/90, nach der wir von einem goldenen Zeitalter des Friedens träumten. Jetzt sind manche, aber wohl noch nicht alle Folgen dieses tiefen negativen Einschnittes sichtbar: eine neue Hochrüstungsphase mit ihren fatalen nicht nur materiellen Kosten, neue (alte?) Konfrontationen, ökonomische und soziale und finanzielle Zuspitzungen und Heraus­forderungen. Was wird aus der überlebensnotwendigen ökologischen Transformation, die wir brauchen, um die Klimakatastrophe zu verhindern? Was wird aus den sozialen und ökonomischen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in der Welt? Was wird aus unserem deutschen Erfolgsmodell? Die Grundlage für unseren ökonomischen Wohlstand und unsere politische und soziale Stabilität waren ja Verlagerungen: Für unsere Sicherheit waren die USA verantwortlich, unsere Rohstoffbasis war Russland und unser expandierender Absatzmarkt war China. Das machte alles so schön billig. Wir haben die Kosten unseres Wohlstands und unserer Freiheit nicht alle selbst bezahlt! Dass dies so nicht bleiben wird, das wird eine erhebliche Herausforderung für das Innere unserer Gesellschaft, für deren sozialen Zusammenhalt werden!
Genau dies ist das Moment des Krisenhaften, an dem was uns seit dem 24. Februar beschäftigt.

Was die gegenwärtige Krise verlangt, ist ein ganz neuer Ernst, eine große Anstrengung entschlossenen und solidarischen Handelns, ein neues Ethos gemeinschaftlichen Handelns!

Und hier setzt meine Beobachtung an. Ich will sie an der Pandemie-Krise verdeutlichen, die Ihnen und mir gewiss noch ganz gegenwärtig ist und auf die wir zugleich auch schon zurückblicken können, obwohl sie gewiss noch nicht zu Ende ist. Sie war, sie ist eine Bewährungsprobe – doch wohl eher leichterer Art?! Haben wir sie bestanden? Welche Erfahrungen haben wir gemacht? Vor allem wohl: Das Gefühl von Unsicherheit, von (nicht nur) gesundheitlicher Bedrohung, die Wahrnehmung unserer individuellen biologischen und sozialen Verletzlichkeit und zugleich der Verwundbarkeit einer globalisierten Welt, die Einschränkungen unseres menschlichen Bedürfnisses nach Nähe und sozialer Kommunikation, die Erfahrung unserer existenziellen Solidaritäts- und Schutzbedürftigkeit.

Das alles war und ist schmerzlich („Krankheit als Kränkung“). Es führte zu unterschiedlichen, auch heftigen Reaktionen und unausweichlich auch zu politischem Streit. Die Einen gingen auf die Straße gegen die staatlichen Schutzmaßnahmen, die Anderen verhielten sich brav und vernünftig und unterstützten staatliche Entscheidungen. Wir erlebten verwirrende Spaltungen der Realitätswahrnehmung und der Kommunikation: Wie sollte man verstehen können, dass selbst auf Intensivstationen Liegende bestreiten, dass es COVID gibt! Zu beobachten war eine heftige Kollision zwischen dem mehrheitlichen Schutzbedürfnis und Sicherheitsanspruch *an* den Staat einerseits und andererseits einem widerborstigen, wütenden Freiheitsbedürfnis und –anspruch *gegen* den Staat.

Unter dem Freiheitsmotto kam eine ziemlich irritierende Koalition zustande: „Querdenker“ und religiöse Fundamentalisten, Heilpraktiker und
„Sieg-Heil-Praktiker“, unterschiedlichste Esoteriker und Achtsamkeits-
prediger, Regenbogenfahnenträger und Reichskriegsflaggenverehrer
usw. usf.

Was da zu beobachten war, ist, wenn ich das so sagen darf, ein ziemlich simples, heruntergewirtschaftetes, ja eigentlich verkommenes Verständnis von Freiheit. Ein Verständnis, dass Freiheit reduziert auf Individualismus, auf Entgrenzung und Ablehnung von Beschränkungen und Regeln, auf die Durchsetzung des jeweils eigenen Willens und Befindens. Ein Verständnis, dass den untrennbaren, ja existenziellen Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung auflöst. Ein Verständnis von Freiheit, Selbstbestimmung, Autonomie als individuellen Anspruch gegen die Anderen, gegen den Staat. Ein Verständnis übrigens, das bis zum Verfassungsgericht reicht. (Man lese nur dessen Urteil zum assistierten Suizid, vor allem die Urteilsbegründung!)

Dass es Meinungsdifferenzen, dass es Streit gibt angesichts der Zumutungen dieser Krise (und auch der anderen Krisen), ist nicht verwunderlich, sondern eigentlich selbstverständlich. Demokratie ist ja Streit!

Was mich beunruhigt in den öffentlichen Auseinandersetzungen und vielfach gehörten Argumenten ist eben der problematische Begriff von Freiheit, der sich in unserer Gesellschaft ausgebreitet hat. Ein sehr vereinseitigtes Verständnis von Selbstbestimmung.

Gerade etwa in der Debatte um eine mögliche Impfpflicht wurde das deutlich. Und sie wiederholt sich bei den Debatten um eine soziale Pflichtzeit, wie Bundespräsident Steinmeier sie ins Gespräch gebracht hat (und die in einem Zeitungskommentar schlicht als Unverschämtheit bezeichnet wurde). Ein Reflex immer dann, wenn es um Bürgerpflichten geht?

Damit wir uns nichtmissverstehen: Es gibt starke, pragmatische, ernsthafte
Argumente pro und ebenso kontra Impfpflicht. (Das gilt übrigens auch für eine soziale Dienstzeit.) Was mich ärgert, ist die geradezu ideologische Überhöhung der Ablehnung.

Bleiben wir bei unserem Beispiel: Gegner einer Impfpflicht sagen, sie wollen sich nicht impfen lassen, weil das „ihr gutes Recht“ sei, eine ganz persönliche Entscheidung, Ausdruck ihrer Selbstbestimmung, Akt ihrer Freiheit. Diese Freiheit durch staatliche Entscheidungen, also etwa eine Impfpflicht einzuschränken, sei
ein Zwang, gegen den sich zu wehren legitim sei und gar ein Widerstandsrecht begründe.

Für die Folgen der eigenen, so freien Entscheidung fühlen sich diese Mitbürger nicht verantwortlich, dafür sind die Anderen zuständig, dafür hat der Staat gefälligst die Kosten zu tragen. Die Verteidigung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit als Kern der persönlichen Freiheit rechtfertigt dann offensichtlich auch die Gefährdung der Mitmenschen, auch die Einschränkung von Freiheitsrechten der Anderen, rechtfertigt die vielen - durch wiederholten Lockdown – Einschränkungen des öffentlichen, kulturellen, wirtschaftlichen Lebens.

Sich z. B. als Pflegekraft, Arzt, Lehrer nicht impfen zu lassen, das bedeutet ja, die eigenen Bedenken und die Sorgen um sich selbst wichtiger zu nehmen als die Sorge um die Gesundheit der anvertrauten Kranken, Alten und Verletzlichen. Das mag rechtlich erlaubt sein, aber wer trägt die Konsequenzen?

Der Münsteraner Rechtsprofessor Hinnerk Wißmann sagt sehr treffend: „Die körperliche Unversehrtheit ist kein Supergrundrecht, sondern wird symbolisch überhöht, wenn Eingriffe hier prinzipiell zum letzten Mittel erklärt werden. Ein Land, das Ausgangssperren, Kontaktverbote und freihändig verhängten Maskenzwang für geboten hält, um Impfungen weiterhin nur ‚anzubieten‘, weiß nicht mehr, was Freiheit ist.“

In vielen Äußerungen war in den vergangenen Wochen und Monaten wahrzunehmen, wie verbreitet die Vorstellung ist, dass Pflicht gleich Zwang sei. Pflicht habe „bevormundenden Charakter“ sagte sogar eine stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Ethikrates. Und man denkt dabei an solche Bevormundungen wie Schulpflicht oder Gurtpflicht oder Steuerpflicht und überlegt, wie sehr sie wohl unsere Freiheit einschränken mögen.

Die Freiheit, sich nicht an einschränkende Regeln zu halten, und so – als Ausdruck von Selbstbestimmung und Stärke – ein höheres Risiko individueller Freiheit eingehen zu können, diese Freiheit hat aber Voraussetzungen: Nämlich, ein funktionierendes Gesundheitssystem und den gemeinschaftlichen Sozialstaat, die als letzte Hilfe fungieren, um den Starken und Freien im Moment seiner Schwäche und Verletzung auffangen zu können. Sie setzt auf die Solidargemeinschaft und hofft auf die Solidaritätsbereitschaft der Anderen.

Autonomie (miss-)verstanden als selbstbestimmte, individuelle Selbstverwirklichung gilt als der höchste Wert unserer Gesellschaft. Regisseur des eigenen Lebens zu sein, das ist ein schönes Bild dafür – und ein verräterisches: Die Anderen, die Mitmenschen sind dann wohl die Assistenten, gar die Statisten meiner Lebensregie.

Freiheit bekommt auf diese Weise Fetisch-Charakter, als habe man sie von Natur aus, als sei sie Eigentum. Und wird so zum Gegenstück des Sozialen, zum Widerpart von Solidarpflichten.

Freiheit aber ist ein Verhältnis-Begriff, ist ein Beziehungs-Wort. Bei Christoph Möllers, dem Berliner Verfassungsrechtler und Rechtsphilosophen habe ich die Sätze gelesen: „Es gibt keinen Primat der individuellen vor der gemeinschaftlichen Freiheit, schon weil sich auch Individualität nur als soziales Phänomen beschreiben lässt… Beide Arten von Freiheit sind deswegen politische Freiheiten“.

Was mich ärgert, sie merken es, ist die tiefe Politik- und Sozialvergessenheit des grassierenden, oberflächlichen Freiheitsverständnisses. Ist das Herunterdimmen von Freiheit zu einem Ausdruck von Befindlichkeiten, von Identitätsansprüchen gegen Andere.

Wie wollen wir mit einem solchen individualistischen und entsolidarisierenden Freiheitsverständnis die noch längst nicht beendete Pandemie bewältigen?
Und die Folgen der Ukraine-Krise? Und erst recht die noch größere Herausforderung, die Klimakatastrophe zu verhindern? Wie wäre es, wir würden in dieser Pandemie-Krise und aus ihr lernen: Unseren egozentrischen Freiheitsnarzissmus zu erkennen
und zu überwinden! Und Freiheit begreifen und praktizieren als vernünftige
Einsicht in die Notwendigkeiten verantwortlichen Handelns, also auch in Beschränkungen und Regeln. Um der Solidarität mit den verletzlichen Anderen
willen, um unserer Demokratie willen und um unserer globalen Zukunft
willen.

Freiheit kann nur gelebt werden im Blick auf die Anderen. (Das muss man, hoffentlich, in einer evangelischen Akademie nicht besonders beteuern!)